

[Zurück](#)

«Löhne entstehen nicht an der Urne»



BEAT KAPPELER - Der Wirtschaftspublizist über den politischen Hochmut der 1:12-Initianten und die Horrorvorstellung, dass die Schweiz einen «Arbeitsmarkt à la française» erhalten könnte.

Gewerbezeitung: In der «NZZ am Sonntag» schrieben Sie, der überregulierte Arbeitsmarkt sei der Hauptgrund für den Niedergang Frankreichs. Wie kommen Sie zu dieser harten Aussage?

n Beat Kappeler: Die brutale Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden hat die Löhne verteuert, die enormen Lohnnebenkosten ebenfalls. Sodann können Arbeitgeber ihren Angestellten kaum kündigen, also stellen sie sie gar nicht erst ein. Die französischen Unternehmen sind in der Folge nicht mehr wettbewerbsfähig.

Laut dem dreifachen Präsidentschaftskandidaten François Bayrou umfasst das Schweizer Arbeitsrecht gut 100, jenes in Frankreich über 2000 Seiten: Beschreibt dieser Vergleich die Situation treffend?

n Ja, und er gilt übrigens noch weit stärker gegenüber Italiens Arbeitsrecht. Die vielfach ziselierten Bestimmungen schaffen keine Sicherheit, sondern verlangen nach Gerichtsinterpretationen, sie schaffen Arbeit für Advokaten. Frankreich schuf für jede neue Krisenlage eine neue Anstellungskategorie, die Arbeitsvertragstypen vervielfachen sich.

«EIN KOMPLIZIERTES ARBEITSRECHT SCHAFFT ARBEIT -aber nur FÜR DIE ADVOKATEN.»

Was zeichnet den Arbeitsmarkt unseres Nachbarlandes denn ganz generell aus?

n Er leidet unter dem «Insider/Outsider-Problem», das heisst einerseits unter dem perfekten Schutz jener, die eine Stelle haben, und der Unmöglichkeit für die andern, einen Job zu ergattern. Hinzu kommt, dass die Politiker fast aller Schattierungen, die Medien, die Gewerkschaften und das Publikum unternehmerkritisch sind, jegliche Gewinne beargwöhnen, die Globalisierung ins Pfefferland wünschen und die meisten Änderungen als «amerikanisch» oder «neoliberal» verketzern.

Frankreich kennt einen rigorosen Kündigungsschutz. Unter welchen Bedingungen kann ein Unternehmen Angestellte entlassen?

n Bei bevorstehenden grösseren Entlassungen müssen lange Konsultationen geführt werden: mit den Gewerkschaften, mit der Verwaltung - und meistens mischen sich auch noch die Politiker aus Paris ein. Bei Einzelentlassungen bestehen viele Rekursmöglichkeiten, und die Arbeitsgerichte tendieren dazu, Entlassungen erst zuzugestehen, wenn eine Firma Verluste schreibt. Andernfalls werden Wiedereinstellungen oder aber hohe Abgangsentschädigungen verfügt.

Und wie wirkt sich der strikte Arbeitnehmerschutz auf die Beschäftigungslage aus?

n Die Unternehmer stellen kaum mehr ein; und wenn, dann nur zu «prekären» Bedingungen, etwa für Stages oder befristete Arbeitsverhältnisse. Heute erhalten 80 Prozent aller Neueingestellten nur befristete Verträge.

Diese Lage bringt es mit sich, dass nicht nur selten durch die Firma gekündigt wird, sondern dass auch die Arbeitenden kaum kündigen, weil sie dann in die «Outsider-Lage» wechseln würden. Damit sind Millionen von Arbeitenden mit der Zeit am falschen Arbeitsplatz - im Gegensatz zur Schweiz, wo von beiden Seiten Wechsel eingegangen werden.

«80 PROZENT DER NEUANSTELLUNGEN IN FRANKREICH SIND BEFRISTET.»

Die hohe Belastung durch Lohn-nebenkosten sind ein grosses Problem für Frankreichs Unternehmer: Mit welchen Folgen?

n Sie sind weniger wettbewerbsfähig, und der Anreiz steigt enorm - für Arbeitende wie für Unternehmer -, schwarzzuarbeiten und zu produzieren. Von einem Bruttolohn 100 trägt der Arbeitende minus Steuern und Abzügen vielleicht nur 80 nach Hause. Der Unternehmer aber zahlt mit Nebenkosten 150. Und wenn diese Stunde beim Kunden schliesslich noch mit 20 Prozent Mehrwertsteuer belastet wird, so bezahlt dieser am Ende 180 für die 80, welche dem Arbeitnehmer bleiben. Somit ist klar: «Schwarz» ist es für alle billiger.

Generell werden Unternehmen in Frankreich viel stärker besteuert als jene in der Schweiz. Offenbar kostet viel staatliche Bevormundung eben auch viel Geld...

n Sicher. Präsident François Hollande hat bisher praktisch nur neue Steuern verfügt, jedoch keine Reformen im Arbeitsrecht. Wenn die Firmen nicht einstellen, wenn es zu wenig Firmengründungen gibt, wird subventioniert, und das kostet eben. Gerade jetzt diskutiert man die enormen Fördermittel für Freierwerbende, die zu kostspielig geworden sind.

«HOHE LOHNNEBENKOSTEN FÜHREN DIREKT IN DIE SCHWARZARBEIT.»

Staatliche Vorschriften, etwa im Arbeitsrecht oder im Bereich Umweltschutz, werden in Frankreich nach Betriebsgrösse abgestuft. Was bedeuten solche Unterscheidungen für den unternehmerischen Alltag?

n Wenn die Pflichten, Betriebsräte einzurichten, Samariter einzustellen oder Pflichtsparen zu finanzieren, mit der Betriebsgrösse zunehmen, so zögern die Firmen zu wachsen, neue Mitarbeiter einzustellen - oder sie teilen sich auf. Alles wird komplizierter, teurer; und die Inspecteurs du travail sind oft unerbittlich.

Französische Gewerkschaften verfügen über immensen Einfluss, obwohl ihr Organisationsgrad vergleichsweise gering ist: Wie kam es zu dieser absurd anmutenden Situation?

n Die Gewerkschaften wurden seit 1945 stark in die Regulierungen des Arbeitsmarkts und der Sozialversicherungen eingebunden, so dass sie viel zu sagen haben - auch ohne Mitgliederwerbung und Mitgliederauftrag. Man schätzt die wirklich organisierten Arbeitenden auf deutlich unter 10 Prozent der Beschäftigten, die durch Verträge oder Regeln Unterstellten aber auf gegen 90 Prozent, wenn man den riesigen Staatssektor mitrechnet.

Wie wirkt sich die Macht der Syndikate aufs französische Wirtschaftsleben aus?

n Gewerkschaften sind nichts Falsches, wenn sie wie in Nordeuropa auf «Win-win-Situationen» aus sind. In Frankreich (und Italien und Spanien) gehen sie unbewusst oder offiziell von einem Nullsummenspiel aus, nach dem Motto: «Nur was der Firma schadet, nützt dem Arbeiter.»

«FRANKREICHS SYNDIKATE GLAUBEN: NUR WAS DER FIRMA SCHADET, NÜTZT DEM ARBEITER.»

Wie steht es um die Arbeitsmoral der französischen Werktätigen?

n Ich bleibe fest überzeugt: Die meisten west- oder südeuropäischen Arbeitenden würden gerne hart arbeiten, wenn sich das denn auszahlte, wenn sie nicht von Regeln erstickt würden und man ihnen nicht einbläute, dass Arbeiten schade.

Die Berufslehre ist in Frankreich nicht eben weit verbreitet. Welche Konsequenzen hat dies für die beruflichen Perspektiven der jungen Franzosen?

n Sie sind mit 20 Jahren nicht arbeitsmarktfähig, sondern streben nach universitärer Bildung, meist in «weichen» Fächern. Ausserdem steht körperliche Arbeit tief im Kurs.

«DIE MEISTEN WEST- ODER SÜDEUROPÄER WÜRDEN GERNE HART ARBEITEN - WENN ES SICH denn AUSZAHLTE.»

Rasant ansteigende Arbeitslosigkeit, eine Jugend ohne berufliche Aussichten und stetig steigende Steuern und Abgaben: Worauf läuft diese Entwicklung der einstigen Grande Nation hinaus?

n Ohne haarnadelscharfe Umkehr hängt Frankreich in sechs Jahren an der Infusionsnadel Deutschlands oder ist nicht mehr im Euro.

Und was kann der bisher glücklos agierende sozialistische Präsident Hollande dagegen tun?

n Er hat keine Ahnung. Er kann auch nichts tun, weil er in allem nur gegenteilige Hoffnungen geweckt hat. Er ist «pfadabhängig».

Besorgniserregend ist die gleiche Orientierungs- und Tatenlosigkeit der bürgerlichen Partei UMP, unter dem vorherigen Präsidenten Nicolas Sarkozy, und heute noch mehr. Und der Arbeitgeberverband stritt während Monaten um seine Präsidentenwahl - sonst läuft nichts. Seine Homepage ist ärmlich, da finden sich keinerlei gute Vorschläge.

Und welches wären die Ratschläge des unabhängigen Ökonomen, um Frankreichs Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen?

n Frankreich müsste seinen Arbeitsmarkt befreien, Kündigungen zulassen, die Lehre einführen, den Staatssektor abbauen, den Unternehmen nur wenige Regeln vorgeben, keine Diplome für Stellen verlangen. Tatsächlich wäre Frankreich mit der Eins-zu-eins-Übernahme des schweizerischen oder dänischen Arbeitsrechts gut bedient. Die Dänen haben praktisch keine Lohnnebenkosten und deshalb hohe Barlöhne und sind trotzdem wettbewerbsfähig. Sie haben, wie Frankreich, eine hohe Mehrwertsteuer für die Sozialsysteme, und das sollte ja reichen.

«OHNE SCHARFE UMKEHR HÄNGT FRANKREICH IN SECHS JAHREN AN DER INFUSIONSNADEL DEUTSCHLANDS.»

Mit der 1:12-Initiative, der Mindestlohn-Initiative und der Forderung nach einer nationalen Erbschaftssteuer stehen in der Schweiz linke Begehren an, welche Ängste vor einem «Arbeitsmarkt à la française» wecken. Sind diese Sorgen berechtigt?

n Eine Annahme dieser Begehrlichkeiten wäre der direkte Zug in die Dekadenz, nämlich in die Auffassung, dass man sich wirtschaftliche Ergebnisse an der Urne beschaffen kann. Der nationale - viel zu hohe - Mindestlohn wird die Unqualifizierten aus dem Arbeitsmarkt pusten. Die Gewerkschaften haben soeben neue Gesamtarbeitsverträge in der Maschinen- und Druckindustrie mit spezifischen Mindestlöhnen abgeschlossen. Das ist ihre Aufgabe und ihr Erfolg. Hingegen hat die Abstimmungsurne in der Bezahlung von Löhnen nichts zu suchen. Nur die Leistung dahinter zählt, nur diese kann die Firma zahlen.

«EIN NATIONALER MINDESTLOHN WIRD DIE UNQUALIFIZIERTEN AUS DEM ARBEITSMARKT PUSTEN.»

Welche Folgen hätte eine Annahme der 1:12-Initiative auf den Schweizer Arbeitsmarkt?

n Einerseits könnte man keine teuren Spezialisten anheuern, deren Risiken nicht abdecken, und andererseits würden Tieferentlohnte in andere Firmen ausgegliedert, damit das Verhältnis hinaufgeht. Einige Multinationale mit teurem zentralem Personal würden wohl wegziehen. Sicher aber würden die unteren Löhne nicht angehoben. Doch all dies verblasst vor dem Hochmut der Urheber der Initiative, die glauben, dass solche Lohnverhältnisse aus der politischen Urne hervorgehen sollen.

Interview: Gerhard Enggist

LINKS

www.1-12-nein.ch

www.facebook.com/nein1zu12

www.beatkappeler.info

Zur Person

Der Wirtschaftspublizist Beat Kappeler war von 1977 bis 1992 Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds. Heute ist er unter anderem für die «NZZ am Sonntag» tätig, früher schrieb er für «Le Temps». Kappeler ist verheiratet und wohnt in Hinterkappelen bei Bern. Seine neueste Publikation «Wie die Schweizer Wirtschaft tickt. Die letzten 50 Jahre und die nächsten...» ist im NZZ-Verlag (www.nzz-libro.ch) erschienen.